

Richter verhindern Gerichtsschließung

Hessische Verwaltungsrichter tagten

von Manfred Schubert

Gießen. Der Sparkurs der Hessischen Regierung traf im vergangenen Jahr auch die fünf Verwaltungsgerichte des Landes, der Instanzen, die für Streitigkeiten zwischen Bürger und Staat von A wie Atomrecht bis Z wie Zivildienst zuständig sind. Das berichtete Johanna Domann-Hessenauer, die Vorsitzende der Vereinigung hessischer Verwaltungsrichter (VhV) anlässlich der Mitgliederversammlung im Gießener Verwaltungsgericht (VG).

Es hatte die Schließung des VG Frankfurt gedroht. Hintergrund ist die gesunkene Arbeitsbelastung infolge gesunkener Asylbewerberzahlen und der Verlagerung der Sozialverfahren an die Sozialgerichte. 2003 gab es noch 213 Vollzeitplanstellen, 2010 171 und bis 2015 sollen es nur noch 131 sein. Um die Gerichtsstandorte und eine bürgernahe Verwaltungsgerichtsbarkeit aufrecht zu erhalten, entwickelte die Richterschaft den Gegenvorschlag, Richter in andere Gerichtsbarkeiten abzuordnen, um das gesetzte Ziel zu erreichen. Da ab 2014 viele in Pension gingen, könnten die Verwaltungsrichter dann nach und nach wieder in ihr ursprüngliches Ressort zurückkehren.

Christiane Loizides, Vizepräsidentin des VG Gießen, nannte die dortigen Zahlen: von ursprünglich zehn Kammern mit je drei Richtern sind derzeit acht Kammern mit 23,2 Richterstellen übrig. Nichtrichterliches Personal sei bisher in Gießen nicht betroffen und soll es auch künftig nicht sein. Damit ist und bleibt Gießen das zweitgrößte hessische Verwaltungsgericht nach Frankfurt, dessen Schließung durch das Abordnungs- und Versetzungsmodell und die entsprechende Bereitschaft der Richter verhindert werden konnte.

In diesem Jahr, so die VhV-Vorsitzende, wolle man das Projekt „Schulen in Verwaltungsgerichten“ in Angriff nehmen. Ziel sei es, der Bevölkerung zu vermitteln, was diese Gerichte eigentlich machen.

Der für drei Jahre neu gewählte Vorstand der VhV, die 169 Mitglieder hat, besteht aus der Vorsitzenden Johanna Domann-Hessenauer (VG Darmstadt), deren Stellvertreterin Werner Bodenbender (Hessischer Verwaltungsgerschhof Kassel) und Ulrike Brugger (Darmstadt) sowie den Beisitzern Christiane Loizides (Gießen), Ulrich Mogk (Frankfurt), Bettina Nieuwenhuis (Kassel) und Hans-Hermann Schild (VG Wiesbaden).



Zum Vorstand gehören Ulrike Brugger (von links), die Vorsitzende Johanna Domann-Hessenauer, Christiane Loizides (Gießen) und Werner Bodenbender.

Foto: Manfred Schubert

Oberhessische Presse
21. März 2011

Versetzungsmodell statt Standortschließung

Hessische Verwaltungsgerichte müssen in den kommenden Jahren Richterstellen abbauen – VhV-Versammlung in Gießen

Gießen (pd). Eigentlich hatte die Landesregierung eines der sechs hessischen Verwaltungsgerichte schließen wollen, um bis zum Jahr 2014 ein Einsparvolumen von 20 Millionen Euro zu erzielen. »Wir haben damals Alternativen zu den Vorstellungen des Justizministeriums entwickelt«, erinnerten sich die Vorstandsmitglieder der Vereinigung hessischer Verwaltungsrichterninnen und Verwaltungsrichter (VhV) bei ihrer Mitgliederversammlung in Gießen. Mit der stattdes-

sen formierten Arbeitsgruppe »Konsolidierung und Kompensation« (KuK) wurde ein Abordnungs- und Versetzungsmodell in Gang gesetzt, durch das die fünf Gerichte mit dem Verwaltungsgerichtshof Kassel erhalten bleiben konnten. »Ursprünglich sollte das Gericht in Frankfurt geschlossen werden«, erinnerte am Freitag vor Journalisten die wiedergewählte VhV-Vorsitzende Johanna Domann-Hessenauer.

Zum Vorstand der Vereinigung gehören außerdem Werner Bodenbender und Ulrike Brugger als stellvertretende Vorsitzende sowie die Vizepräsidentin des Gießener Verwaltungsgerichts, Christiane Loizides als örtliches Vorstandsmitglied. Der Gießener Verwaltungsrichter Reinhard Ruthsatz wurde zudem als Kandidat für den Richterwahlausschuss nominiert.

Die Tatsache, dass ein Einsparpotenzial an den Verwaltungsgerichten vorhanden ist, ergebe sich zum einen aus dem deutlichen Rückgang der Asylverfahren in den vergangenen Jahren. Zum an-



Im VhV-Vorstand: Christiane Loizides vom VG Gießen.

deren habe das Land die Sozialhilfeverfahren zum 1. Januar 2005 an die Sozialgerichte verlagert, erläuterte die VhV-Vorsitzende. Hessenweit gab es 2003 noch 213 Richterstellen an den Verwaltungsgerichten. Bis 2014 ist eine Reduzierung auf 131 Stellen geplant. Am VG in Gießen sollen knapp sechs Richterstellen eingespart werden. »Dieses Ziel haben wir noch nicht ganz erreicht«, sagte Christiane Loizides. Bis 2014 sei eine Rückführung der Zahl der Planstellen auf 24 vorgesehen. 2003 hatte es noch 30 Richterstellen am VG gegeben. Keine Auswirkungen

sollen die Sparpläne des Landes auf das nichtrichterliche Personal haben, so die Vizepräsidentin.

Grundsätzlich bildeten die Verwaltungsgerichte eine »besondere Gerichtsbarkeit«, bekräftigte Domann-Hessenauer. Sie seien zuständig für Streitigkeiten zwischen Bürger und Staat. Das Spektrum reiche vom Ausländerrecht bis zum Zivildienstverweigerer, den es aufgrund der Bundeswehrreform allerdings bald nicht mehr geben werde.

Unter dem Motto »Unser Jüngster ist 43« machte der VhV-Vorstand außerdem auf die ungünstige Altersstruktur der Verwaltungsgerichte aufmerksam. »Es hat seit Jahren keine Neueinstellungen mehr gegeben«, kritisierte Werner Bodenbender. (Foto: Schepp)

„Durch uns wird der Schutz für Bürger gewährleistet“

Vereinigung hessischer Verwaltungsrichter hält Mitgliederversammlung in Gießen ab

GIESSEN (fod). Auch das Gießener Verwaltungsgericht in der Marburger Straße ist nicht von dem Sparkurs verschont geblieben, den im vergangenen Jahr das hessische Justizministerium allen fünf Verwaltungsgerichten des Landes auferlegt hatte.

Wie Vizepräsidentin Christiane Loizides anlässlich der in Gießen stattgefundenen Mitgliederversammlung der Vereinigung hessischer Verwaltungsrichterinnen und -richter (VhV) mitteilte, sollen bis Ende dieses Jahres alle sechs verlangten Richterplanstellen am Gießener Verwaltungsgericht abgebaut sein. Von vormals 30 werden dann noch 24 Planstellen, jeweils drei in acht Kammern, übrig bleiben. Damit ist man aber noch glimpflich davongekommen. Denn wie die VhV-

Vorsitzende Johanna Domann-Hessenauer berichtete, hatte das Ministerium ursprünglich vorgehabt, einen Standort ganz zu schließen, um bis 2014 mehr als 20 Millionen Euro einzusparen, in jedem Jahr bis dahin fünf Millionen. Auch der Name Gießens war damals gefallen, bevor die Wahl auf Frankfurt/Main fiel. Nach massiven Protesten der VhV und von Verwaltungsrichtern aus ganz Hessen sah man beim Justizministerium jedoch davon ab und einigte sich nach Verhandlungen auf ein Abordnungs- und Versetzungsmodell für Verwaltungsrichter, das laut Loizides „eine Schließung verhindert hat“. Demnach soll die Zahl der Verwaltungsrichter bis 2014 hessenweit auf 131 sinken, 2003 zählte man noch 213 Planstellen. Ein weiterer Grund für die Verringerung sei die 2005 vollzogene Verlagerung der Sozialverfahren an die Sozialgerichte, ergänzte Domann-Hessenauer.

Trotz des Aderlasses bleibe Gießener personell „das zweitgrößte hessische Verwaltungsgericht nach Frankfurt“, berichtete Christiane Loizides. Und das ebenso in puncto Eingangszahlen bei den Klagen. Das Personal abseits der Richterstellen sei nicht von Streichungen bedroht, sagte sie auf Nachfrage, man sei in diesem Bereich „ohnehin unterbesetzt“. Dafür muss man sich auf eine Zunahme der Verfahren einrichten, so erwartet Loizides vermehrte Eingänge unter anderem bei der Einklagung von Studienplätzen aufgrund der in den kommenden Jahren an die Hochschulen strömenden doppelten Abiturjahrgänge.

Die Gießener Vizepräsidentin wurde bei den gestrigen VhV-Wahlen als örtliches Vorstandsmitglied und Beisitzerin in den Vorstand der Vereinigung gewählt. Johanna Domann-Hessenauer, Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht Darmstadt, wurde als Vorsitzende wiedergewählt, ebenso wie Werner Bodenbender, Richter am hessischen Verwaltungsgerichtshof Kassel, und Ulrike Brugger, Richterin am Verwaltungsgericht Darmstadt, als die beiden Stellvertreter.

Ob die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die für Verfahren von A wie Atom- und Asylrecht bis Z für die bald wegfallenden Zivildienstverweigerer zuständig ist, künftig mit personellen Engpässen zu rechnen hat, hängt laut Werner Bodenbender von Entscheidungen in der Politik ab. So habe etwa die damalige Änderung des Asylrechts für eine „Explosion von Asylverfahren“ gesorgt. „Durch uns wird der Schutz für Bürger gewährleistet“, beschreibt Ulrike Brugger die Rolle der Verwaltungsgerichtsbarkeit bei Auseinandersetzungen zwischen Staat und Bürgern. „Wir kontrollieren die Verwaltung“, nennt Christiane Loizides als weitere Aufgabe.



Der neu gewählte VhV-Landesvorstand (von links): Ulrike Brugger, Johanna Domann-Hessenauer, Christiane Loizides (Gießen) und Werner Bodenbender. Foto: Docter